

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	4/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	28.03.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 22:32 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber (21:00 bis 21:45) und Dr. Welter (ab 19:45); Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert (ab 20:20)</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Oppelt und von Reumont Stadträte Bernauer, Schendzielorz, und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p> <p><u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles</p>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Weichert Stadtrat Hornung
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt und Stadtrat Rothe
Sachvortrag:	Herr Koch, Fa. Aldi (TOP 3); Herr Müller, Büro Planersocietät (TOP 4); Herr Schmied (TOP 5), Herr Seidel (TOP 8)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr und fragt, ob bei TOP 5 Gesprächsbedarf zu den Pächtern bestehe, denn dann müsste es in den nichtöffentlichen Teil verschoben werden.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Herr Gantner vom Kulturverein liest den offenen Brief an Bürgermeister und Gemeinderat vor:

„Der Kulturverein Neckargemünd e.V. hat gemäß seiner Satzung unter anderem die Aufgabe, Einrichtungen zu schaffen, zu pflegen und zu erhalten, die der kulturellen Bildung und Unterhaltung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neckargemünd dienen. Dazu zählt neben dem Museum und der Stadtbücherei vor allem auch das Alte E-Werk, das vor allem durch die Aktivitäten des Arbeitskreises Kultursommer, der sich vor nunmehr 25 Jahren gegründet hat, und des Arbeitskreises KinoKlub im Laufe der Jahre zu einem kulturellen Zentrum geworden ist, das weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist und von Besuchern wie von Künstlern im In- und Ausland geschätzt wird. Damit ist das ausschließlich durch das ehrenamtliche Engagement einer Handvoll Aktiver im Kulturverein geschaffene und durchgeführte Veranstaltungsprogramm nicht nur ein Aushängeschild für die Stadt Neckargemünd sondern auch ein nicht zu vernachlässigender wirtschaftlicher Faktor geworden. Im Laufe der 25 Jahre wurden allein durch den Eintritt im Alten E-Werk (der im Vergleich gemessen an der Qualität des Angebots mit 15,- Euro sehr günstig ist) über 135.000,- Euro eingenommen, von denen knapp 120.000,- Euro als Gagen ausbezahlt wurden und knapp 20.000,- Euro den hiesigen Hotels oder Gastronomiebetrieben zugutekamen. Wir sind sehr dankbar, dass die Stadt uns bzw. den Bürgern und Besuchern das E-Werk unentgeltlich zur Verfügung stellt und sind auch weiter bereit, uns wie bisher für den Erhalt dieser kulturellen Einrichtung zu engagieren. In Anbetracht der Bedeutung, die dieser Einrichtung für die Stadt Neckargemünd zukommt, ist der Zustand des E-Werks jedoch mehr als beschämend. Angefangen vom katastrophalen Zustand der sanitären Einrichtungen und der anderen Räumlichkeiten über die mangelhafte Ausstattung mit gar nicht mehr oder nur teilweise funktionierendem Equipment (Licht, Musik, Türe, Vorhänge) bis hin zur Sauberkeit ist dieses „Aushängeschild“ ein Symbol für die sträfliche Vernachlässigung der Pflege städtischer Gebäude, die bei vielen Künstlern und Besuchern einen heruntergekommenen Eindruck machen.

Es haben mit dem derzeitigen und auch schon mit früheren Bürgermeistern mehrfache Begehungen des Alten E-Werks stattgefunden, in denen viele Versprechungen zur Verbesserung der Zustände gemacht wurden, doch davon wurde bis auf die Erneuerung einzelner Heizkörper oder der Installation eines neuen Sicherungskastens (dessen Ventilator verursacht allerdings ein so lautes Störgeräusch, dass der Hörgenuss bei leiseren Musikstücken sehr leidet) nichts umgesetzt. Das entscheidende Argument ist ja immer, dass die Stadt kein Geld dafür

übrighabe. Allerdings weiß jeder wirtschaftlich Denkende, dass solche Einrichtungen ohne Investitionen erst recht nichts einbringen und schließlich zugrunde gehen. Die Mitglieder des Kulturvereins haben sich in der Vergangenheit um die Entrümpelung, die Ersetzung der alten durch neue Stühle sowie um die Anfertigung neuer Bühnenvorhänge und um vieles mehr gekümmert- Wir sind auch weiter bereit, uns mit unserer Zeit, Energie und Engagement dafür einzusetzen, dass im Alten E-Werk kulturell wertvolle Kleinkunst stattfinden kann. Darüber hinaus ist der Kulturverein Neckargemünd e.V. ebenso bereit, auch finanzielle Mittel beizusteuern, um diese Einrichtung zu erhalten. Allerdings erwarten wir auch sichtbare Signale seitens der Stadt (nicht nur verbale Bekundungen), dass Mittel bereitgestellt werden, um das Alte E-Werk zu erhalten. Deshalb möchten wir im Rahmen der Bürgerfragestunde der Gemeinderatsitzung vom 28.03.2023 folgende Fragen stellen:

Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Stadt Neckargemünd in der nächsten Zeit geplant, um das Alte E-Werk zu erhalten, zu pflegen oder zu renovieren?

Gibt es in Neckargemünd eventuell einen Kommunalen Entwicklungsplan, in dessen Rahmen notwendige Erhaltungsmaßnahmen vorgesehen werden können?

Wurden seitens der Stadt bisher Anstrengungen unternommen, an Mittel im Rahmen der Kulturförderung des Landes Baden-Württemberg zu kommen bzw. könnten diese zukünftig unternommen werden?

Gibt es die Überlegung andere Fördermöglichkeiten zu nutzen (z.B. über das Crowdfundingprojekt der Volksbanken „Viele schaffen mehr“)?

Welchen kann die Stadt leisten, dass die seitens des Kulturvereins unternommenen Maßnahmen zur Verbesserung der „Strukturqualität nicht in kürzester Zeit wieder zunichtegemacht werden?“

Der Bürgermeister bedankt sich herzlich für die Kulturarbeit des Vereins in den letzten Jahren. Im Haushalt seien Mittel eingestellt, um einen Sanierungsplan zu erstellen. Man hätte in der Vergangenheit mit personellen Engpässen zu kämpfen gehabt und nun endlich eine Architektin im Team. Ebenso habe man seit 1. März einen Mitarbeiter, der sich ausschließlich um Fördermittel kümmere. Die Stadt sei finanziell schwach und habe nun eine Stelle, die sich genau damit befasse, Fördertöpfe zu finden. Beim Alten E-Werk müsse man daher nicht nur schauen, was könne energetisch verbessert und saniert werden, sondern auch, wo man die Mittel herbekomme. Für Fördermittel müsse man einen Plan in der Schublade haben, da die Fristen sehr kurz seien und man sich schnell bewerben müsse. Das E-Werk habe man auf dem Schirm.

Herr Gantner bittet darum dies voranzutreiben. Viele würden nicht den Zustand des E-Werks kennen.

Der Bürgermeister schlägt eine Ortsbegehung im Mai vor, da man dabei besser den Zustand beurteilen können.

Ein weiteres Mitglied des Kulturvereins schlägt vor, ungewöhnliche Wege zu gehen, wenn es auf dem üblichen nicht gehe. Er selbst habe dies gemacht, als die Stühle des E-Werks total demoliert gewesen seien. Kurzerhand habe er aus einer Schule 150 Stühle erhalten, die man dort habe wegwerfen wollen. Zehn Jahre später habe er es erneut so gemacht. Den zerrissenen Vorhang habe er von Schneiderschülerinnen in einer Projektarbeit nähen lassen. Dies sei auch mit anderen Projekten möglichen, da

man umliegend viele Berufsschulen habe. Es gehe, wenn Stadt, E-Werk und Kulturverein einen Beitrag leisten würden. Er könne Bands ohne Gage engagieren, um Geld für das E-Werk einzunehmen.

Der Bürgermeister sagt, die Botschaft sei angekommen und man werde sich das zeitnah ansehen. Gerne könne Herr Fein zum Termin kommen. Evtl. sei man dann mit der Planung weiter.

Ein Neckargemünder Bürger teilt mit, er habe Verständnis, dass man so über die Windräder abgestimmt habe, damit Geld in die Kasse komme, da Neckargemünd finanziell schlecht dastehe. Es habe ihn unglücklich berührt, dass nur Stadtrat Katzenstein nach Artenschutz und den Buchen gefragt habe. Er fragt, ob man dies beim finanziellen Gewinn berücksichtige. Unter diesen Umständen, mit dem FFH-Gebiet, sei es eigentlich gar nicht möglich, Windräder am Lammerskopf aufzustellen. Nach Windatlas sei Wind bei 6,5 m/s und einer Windhöufigkeit, bei der man überlegen müssen, was man sich eigentlich einhandle. Es gehe ihm auch um die Akzeptanz des Projekts. Er wolle daher auch fragen, wann man vorhabe, die Bürger zu informieren, wie von Stadträtin von Reumont angesprochen.

Der Bürgermeister schildert kurz den Sachverhalt. Forst BW werde seine Flächen auf dem Lammerskopf vermarkten, damit dort Windradanlagen entstehen. Die Frage sei, ob man mit der Neckargemünder Fläche noch reinkomme und sich beteiligen könne. Forst BW wolle sein Gebiet europaweit im Angebotsverfahren anbieten. Irgendein Unternehmen gewinne dann mit dem höchsten Angebot. Er habe ab dem 28. Januar mit Schönau und Heidelberg und den Stadtwerken abgesprochen, mit dem Neckargemünder Gebiet einzusteigen. Das Waldgebiet von Forst BW liege auf der Gemarkung der Erstgenannten, aber sie könnten nicht mitreden bei der Planung. Die Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften haben Expertise auf dem Gebiet und würden nicht mitmachen, wenn kein Windertrag da wäre. Mit einem Windrad könne man ca. 5.000 Haushalte versorgen. Heutige Anlagen seien auch für weniger windhöufige Gebiete geeignet. Bei Meckesheim gehe es auch, da die Technik sich weiterentwickelt habe. Stadtrat Katzenstein habe es angesprochen, auch Forst BW müsse sich an Naturschutz halten. Der größte Teil mit 600 ha sei von Forst BW und man selbst gehe mit 13 ha rein. Die aktuell geplanten Anlagen entstünden nicht auf Neckargemünder Gemarkung. Wenn sich Neckargemünd einbringe, habe man Mitspracherecht. Der Beschluss des Gemeinderates sei daran gekoppelt, dass Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften drankommen könnten. Die Wertschöpfung solle in der Region bleiben. Alles das was naturschutzrechtlich zu beachten sei, werde Beachtung finden müssen.

Der Bürger begrüßt das sehr und fragt, ob es wegen dem FFH-Gebiet überhaupt möglich sei. Die Windanlagen am Greiner Eck müssten vom 15.3. bis zum 30.12. aus FFH-Gründen abgeschaltet werden, weil sonst zu viele Vögel geschreddert würden.

Der Bürgermeister sagt zu, diesbezüglich nachzufragen. Das finanzielle Risiko liege nicht bei Neckargemünd, sondern bei den Betreibern der Anlagen.

Eine Neckargemünder Bürgerin kritisiert den Zustand der Streuobstwiesen, die zwar im Moment gut aussehen würden, jedoch seien die Wildschweine schon da und man habe bei den Mäharbeiten die Brombeeren leider stehengelassen.

Der Bürgermeister erklärt, für die Streuobstwiesen sei nicht die Stadt zuständig, sondern das Regierungspräsidium Karlsruhe. Sie müsse sich an dieses wenden. Außerdem habe man ganz andere Rückmeldungen, was die Wildschweine angehe.

Ein Neckargemünder Bürger hält es nicht für akzeptabel, wie das Eilverfahren bisher laufe. Forst BW habe das sehr kurzfristig mitgeteilt und weitere Infos der Planungsphase gebe es alleine durch den Projektierer. Dass sich Neckargemünd mit einer Teilnahme im Sonderverfahren beteiligen wolle, finde er gut. Die Akzeptanz stehe im Mittelpunkt des Konzepts. Er fragt, ob ein Bürgerentscheid wie in Meckesheim durchgeführt werde.

Der Bürgermeister antwortet, nicht er selbst entscheide, sondern der Gemeinderat. Er habe die Eile von Forst BW ebenfalls schon angesprochen. Sie wollen die Fläche im nächsten Monat ausschreiben, dann habe Neckargemünd nichts mehr zu melden. Daher würde sich die Arbeit auf das Konzessionsmodell konzentrieren. Eine intensivere Vorab-Bürgerbeteiligung, oder Information wie mit einem Informationszentrum, könne derzeit nicht umgesetzt werden. Bürger seien über die Stadtwerke beteiligt. Wer auf Windräder schauen müsse, solle profitieren können. Die Stadt profitiere, wenn sie sich mit dem eigenen Grundstück beteilige. Die Wertschöpfung solle in der Region bleiben. Man wolle nicht Vattenfall oder RWE hier haben. Es gebe verschiedene Möglichkeiten und man habe neun Innovationsbausteine erstellt. Am Ende entscheide die Landesregierung über dieses Thema, doch man habe nun einen Fuß in der Tür. Meckesheim sei nicht vergleichbar; hier habe man ein Angebotsverfahren ausgeschrieben und einen großen Stromerzeuger als Bieter, da die Fläche auch eine gemeindeeigene sei. Meckesheim könne daher selbst entscheiden, ob der Windpark kommen solle oder nicht. Diese Frage stelle sich hier nicht, sondern es stehe nur die Frage im Raum, ob man sich mit eigenem Grundstück beteilige.

Der Bürger möchte, dass Bürger mehr beteiligt werden.

Die Bürgerfragestunde ist 19:35 zu Ende.

- 1.1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 2/2023 vom 28.02.2023**
- 1.2: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.3: **Beratung:**
- 1.4: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 2/2023 vom 28.02.2023 gefassten Beschlüsse**

2.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: Beratung:**2.3: Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 1 – Hauptverwaltung zum 01.03.2023 mit Frau Petra Polte zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle der Kulturreferentin des Fachbereichs 1 – Hauptverwaltung - zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit der Bewerberin Frau Dr. Jasmin Hettinger zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle des Förder- und Vergabemanagers zum 01.03.2023 mit Herrn Mario Horvath zu besetzen.

Der Gemeinderat beschließt, das Anwesen Hauptstraße 23, mit den Flst. Nr. 286 und 286/1, Gemarkung Neckargemünd zum angebotenen Preis zu veräußern. Der Erwerber soll die Erwerbsnebenkosten tragen.

3: Neubau Aldi: Geänderte Planung und die Änderung des städtebaulichen Vertrages**3.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister berichtet, man habe sich im Vorfeld intensiv unterhalten, auch mit dem Klimaschutzbeirat. Aldi sei auf die Stadt gekommen, weil sie die energetische Lösung noch weiter verbessern wollten.

Herr Koch der Firma Aldi bedankt sich im Namen von Aldi auch beim Klimaschutzbeirat. Man habe die Möglichkeit gesehen, noch mehr einzubringen und wolle nicht gegen den Vertrag verstoßen. Deshalb sei man auf die Stadt gekommen. Ursprünglich sollte das Gebäude ausschließlich mit der Abwärme der Gewerbekälte geheizt werden. Nun wolle man zusätzliche eine Wärmepumpe installieren und Solar erweitern. Der Durchführungsvertrag müsste daher geändert werden, indem man das Wort „ausschließlich“ streicht.

Der Bürgermeister erklärt, mit geschlossenen Türen Sorge man für weniger Gewerbekälte, deren Abwärme dann nicht ausreicht. Der Klimaschutzbeirat befürworte das.

3.2: Beratung:

Stadtrat Schmitz möchte anregen, dass die geplante E-Ladestation eine Schnellladestation werde, da die Zeit zum Einkaufen nicht zum vollständigen Laden reiche.

Herr Koch erklärt, die Schnellladestation baue Aldi nur an Hauptachsen in der Nähe von Autobahnen und nicht an jedem Parkplatz. Im ländlichen Raum baue man normale Ladestationen.

19:42 Uhr, Stadträtin Dr. Welter kommt zur Sitzung.

Herr Koch bedankt sich für das Vertrauen und sagt, man wolle den „coolsten Markt“ in Neckargemünd bauen. Nach Ostern starte die Abrissphase. Anfang Dezember solle der neue Markt eröffnet werden.

3.3: Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die im Sachvortrag aufgeführten Änderungen und beauftragt den Bürgermeister, die Änderungen des Durchführungsvertrages gemäß der Anlage zu unterzeichnen.

4: Fußverkehrscheck: Vorstellung Abschlussbericht**4.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister berichtet, man wolle die Zusammenarbeit fortsetzen. Das Land habe den Check bezahlt und Frau Watzelt werde die Umsetzung weiterhin begleiten. Herr Müller stellt den Bericht vor.

Der Bürgermeister bedankt sich und meint, man habe nun ein Pflichtenheft, das umgesetzt werden solle. In den nächsten sechs bis acht Wochen solle klarwerden, welche Maßnahmen man umsetze. Manche Sachen würden schnell und einfach gehen, anderes wiederum brauche seine Zeit. Er schlägt vor, sich im Mai zusammzusetzen und auch Herrn Müller für diesen Workshop dazu zu holen.

4.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein bedankt sich im Namen der Grünen bei Herrn Müller. Die Teilnahme der Bürgerschaft zeige, dass es eine erfolgreiche Veranstaltung war. Baden-Württemberg sei, was das Engagement für den Fußverkehr angehe, führend. Gehwegparken sei kein Kavaliärsdelikt. Besonders, wenn Kinder und Rollis auf die Straße wechseln müssten, sei es sogar gefährlich. Leider habe man den Abschlussbericht noch nicht vorliegen. Er schlägt vor, bis zum Sommer eine priorisierte Liste aller Maßnahmen mit Kosten zu erstellen. Geld habe man dafür bereits im Haushalt vorgesehen. Er habe viele Checks begleitet und bei den Checks letztes Jahr sei Neckargemünd bzgl. der Beteiligung der Bürgerschaft auf Platz 1 gestanden.

Stadtrat Rehberger dankt Herrn Müller im Name den der Freien Wähler. Er sei froh, dass man mit der dritten Bewerbung dabei gewesen sei. Man habe vorher gesagt, wenn man es dieses Mal nicht schaffe, mache man es selbst. Das Engagement der Bürger sei eine tolle Sache gewesen. Als Einheimischer kenne man die Knackpunkte. Es sei vor allem das wilde Parken in der Hauptstraße kritisiert wurden. Dies lasse sich nur mit mehr Kontrollen vermeiden. Man solle nun eine priorisierte Liste erstellen und dann schauen, wie man es umsetze.

Stadtrat Bernauer dankt für die CDU für die Arbeit. Die Workshops als auch die Begehungen fand die CDU gut durchgeführt und man unterstütze den Vorschlag von Herrn Katzenstein.

Auch Stadtrat Schimpf stimmt für die SPD dem Vorschlag zu.

Stadtrat Fritsch ergänzt aus seiner Sicht noch zwei wichtige Maßnahmen: in der Banngartenstraße und Schützenhausstraße, sowie um die Gehörlosenschule sehe er noch Stellen für Begehungen wegen unzureichender Gehwege, die einfach aufhören. Er finde es toll, dass Herr Müller die Stadt weiter unterstütze.

Der Bürgermeister stellt klar, Herr Müller werde nicht weiter im Rahmen des Checks bezahlt. Kosten für weitere Beratungen müsse dann die Stadt tragen. Man wolle sich aber seine Expertise zumindest für eine Ausarbeitung der priorisierten Liste zu Nutze machen. Auch müsse man nun in Richtung Ortsteile denken und Sachen adaptieren. Er schlägt vor, in der Sitzung im Juni erste Maßnahmen zu beschließen. Man sei aber auch vom Rhein-Neckar-Kreis abhängig wegen der verkehrsrechtlichen Anordnungen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Abschlussbericht „Fußverkehrs-Check 2022“ zur Kenntnis und beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen das weitere Vorgehen: Unter Mitwirkung des Planers des Fachbüros soll im Lauf des Monats Mai ein Workshop mit Gemeinderäten in einer kleineren Runde eine Prioritätsliste erarbeiten. Diese soll in der Juni-Sitzung zur Beschlussfassung im Gemeinderat vorgelegt werden, damit optimalerweise erste Maßnahmen noch vor der Sommerpause in Angriff genommen werden können.

5: **Verlängerung der bestehenden Jagdpachtverträge**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schmied erklärt, man strebe die Verlängerung an, da es sehr gut laufe. Der Kontakt sei sehr gut und man habe auch von Neckarsteinach und dem Regierungspräsidium positive Rückmeldungen. Wegen den Investitionen aus dem privaten Vermögen für Hochsitze und ähnlichem schlage er 9 Jahre vor. Damit könne die Verwaltung in Hinblick auf die Investitionen sehr gut leben.

5.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser sagt, die Grünen freuen sich über die positive Entwicklung. Sie selbst halte die neun Jahre für zu lang und bevorzuge sieben Jahre.

Stadtrat Rehberger ist zufrieden, dass die Verpachtung die letzten sechs Jahre so gut gelaufen sei. Von den Freien Wählern aus sei das „go“ selbstverständlich. Persönlich könne er sich durchaus mit den neun Jahren anfreunden.

Stadtrat Bernauer spricht sich für die CDU für sechs Jahre aus.

Laut Stadtrat Schimpf seien sechs Jahre eine gute Zeit. Wenn es keine Beschwerden gebe, könne man auch schnell verlängern.

Stadtrat Schmitz hat bei einer Verlängerung auf 9 Jahre Bedenken hinsichtlich des Alters der Pächter und fragt, was passiere, wenn man das so verlängere.

Der Bürgermeister entgegnet, 9 oder 6 Jahre sei die Diskussion. Jeder Jagdpächter könne Jungjäger dazu nehmen. Dafür gebe es Begehungsscheine, denn keiner schaffe die Pacht in so einem Gebiet alleine. In 9 Jahren könne man einen besseren Übergang hinbekommen.

Stadtrat Fritsch erklärt sich mit 6 Jahren einverstanden, 9 Jahre seien zu lang. Er fragt nach Wildschäden.

Der Bürgermeister sagt, Wildschäden seien kaum ein Thema.

Stadtrat Dr. Rothe schlägt 6 Jahre Pacht und eine automatische Verlängerung um maximal 3 Jahre vor. Der Pachtvertrag soll in der Verlängerungszeit von beiden Parteien jährlich gekündigt werden können.

Herr Schmied erklärt, man müsse sechs Jahre anbieten. Kürzer gehe nur mit der Jagdbehörde.

Stadträtin Linier meint, man müsse froh sein, wenn Pächter das neun Jahre machen wollen und so gut arbeiten.

Der Bürgermeister schlägt vor, erst über 9 Jahre und bei einer Ablehnung über 6 Jahre abzustimmen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Verlängerung der bestehenden Jagdpachtverträge und beauftragt die Verwaltung, die Verlängerung der bestehenden Jagdpachtverträge um weitere 9 Jahre, mit den bisherigen Jagdpächtern für folgende Jagdbögen:

- C – Oberer Stadtwald Ost
- D – Oberer Stadtwald West mit
- E – Unterer Stadtwald mit Waldhilsbach
- F – Kleingemünd

6: **Zustimmung des Gemeinderates zur Abberufung des Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abt. Waldhilsbach**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Abberufung von Herrn Markus Meyer als Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abt. Waldhilsbach zu.

7: **Zustimmung des Gemeinderates zur Wahl des Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abt. Waldhilsbach**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig den Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd Abt. Waldhilsbach zu.

8: **Schwimmbad: Änderung der Eintrittspreise**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

8.2: **Beratung:**

Herr Seidel stellt die Einnahmen und Kosten der letzten Jahre vor und weist auf das strukturelle Defizit von rund 700.000 € pro Jahr hin. Nichtsdestotrotz habe man im Verwaltungsvorschlag die Preise nur moderat erhöht.

Der Bürgermeister berichtet, man habe sich auch angesehen, was man zum Beispiel für ein Fitnessstudio zahle: das seien 30 bis 90 € im Monat.

Stadträtin Groesser sagt, die Grünen halten die Erhöhungen wirklich für moderat und annehmbar. Allerdings stehe die Frage im Raum, wie man das mit dem Sorgerecht von Eltern bei den Saisonkarten überprüfen wolle.

Herr Seidel antwortet, mit dieser Formulierung wolle man den Missbrauch der Saisonkarte reduzieren.

Stadträtin Groesser meint, als Stadt könne es doch egal sein, ob sich wirklich um eigene Kinder handle. Es gehe doch bei den Saisonkarten um die Personenzahl.

Der Bürgermeister ergänzt, es sei dem Grunde nach gelebte Praxis, dass jemand mit drei Kindern komme und sich die Familienkarte ausstellen lasse. Man müsse erwarten, dass Eintrittspreise auch gezahlt werden. Eine Familie bestehe aus zwei Partnern und x-beliebigen Kindern.

Herr Seidel bestätigt, das einfache Regeln an der Kasse gelten müssten.

Der Bürgermeister sagt, man könne auch die Familienkarte abschaffen. Das mache es an der Kasse sehr viel einfacher. Man erwarte, dass das Angebot ehrlich und gerecht angewendet werde. Man wolle nicht Umgehungstaten befördern.

Stadtrat Rehberger nennt die Erhöhung alternativlos. Er sieht im Bad eine freiwillige Leistung, die jedes Jahr 700.000€ Zuschuss brauche. Ohne Erhöhung wäre es sogar noch mehr. Der Fachbereich habe sich Gedanken gemacht und man könne es so abhaken und zustimmen. Er persönlich sei beim Kreis der Ermäßigten nicht einverstanden. Es solle bereits ein Grad der Behinderung von 50% für Ermäßigung ausreichen.

Stadtrat Wagner unterstützt die moderat angehobenen Preise, er sei soweit dafür und fragt nach den einzelnen Gruppen für die Ermäßigungen.

Stadtrat Schimpf erinnert an die ursprüngliche Idee hinter den Saisonkarten. Diese sollten recht günstig angeboten werden, da sie vor allem für Einheimische gedacht seien. Aber nachdem man dieses super Schwimmbad habe, das störungsfrei laufe, sei er der Überzeugung, dass auch die Ermäßigung wegfallen könnten. Die Erhöhung sei gerechtfertigt.

Stadtrat La Licata habe zwar Verständnis für die Erhöhung wegen steigender Energiekosten, will es aus sozialen Punkten aber ablehnen. Menschen mit kleinem Einkommen würden alles extrem merken und könnten sich dann das Freibad nicht mehr leisten. Er sei froh, dass man das Bad halten könne. Wer mit 30 Jahren Ausbildung anfängt wäre ermäßigt, aber wer mit 28 noch studiert nicht mehr, das halte er für nicht richtig. Er halte die Preiserhöhung für moderat.

Stadtrat Fritsch sagt, der Verwaltungsvorschlag sei in Ordnung. Man müsse richtig wirtschaften und die Preise erhöhen. Das Bad sei keine Pflichtaufgabe. Er sei dafür, dass man das umsetze, um das Bad als Aushängeschild zu erhalten. Es komme dabei auf jeden Euro an.

Stadtrat Hertel sieht das Problem, das alles teurer werde. Er müsse klarstellen, man könne nichts ändern, treibe aber Inflation weiter an, weil die Leute dann höhere Lohnabschlüsse bräuchten, um den Lebensstandard nicht allzu sehr zu senken. Er sei sich nicht sicher, ob er sich enthalte. Die nicht erhöhte Kinderkarte sei ein gutes Zeichen. Ziel der Saisonkarten sei gewesen, den Neckargemündern, die eh schon die Kosten tragen würden, Vergünstigungen zu bieten. Mit den Preisen habe er kein Problem. Zu den Ermäßigungen sagt er, es gehe um die Erwerbsminderung und nicht den Grad der Behinderung. Bei Rentnern, eine sehr heterogene Gruppe, sei die Frage, ob man Rentner, die sich das leisten können eine Ermäßigung anbiete. Rentner mit sehr geringer Rente seien ja oft Bezieher von Leistungen oder irgendwelcher Aufstockung, die dann ja eine andere Ermäßigung erhalten würden. Bei Kindern sei es ihm wichtig, dass sie schwimmen lernen, daher eine Ermäßigung angebracht.

Stadträtin Weber kritisiert an der Vorlage das Vorzeigen der Schülersausweise, da so gut wie keiner einen Ausweis habe. Bei 12-Jährigen sehe man doch das Alter.

Herr Seidel erwidert, es gehe um Abgrenzungsschwierigkeiten in der Abiturstufe. Die Dauer der Schule solle weniger eine Rolle spielen, weshalb es keine harte Altersgrenze gebe.

Stadträtin Weber findet die fehlende Ermäßigung für Rentner sehr schade und hält die Ausführungen von Stadtrat Hertel für sehr interessant.

Herr Seidel erklärt die Hintergründe. Wichtig sei, Kinder bis sechs Jahre weiterhin kostenlos ins Bad zu lassen, damit sie schwimmen lernen. Kinder unter 12 sollen noch

besser schwimmen üben. Dies sei der Verwaltung wichtiger als die Ermäßigung für Rentner.

Stadträtin Striegel fragt, bezogen auf die Saisonkarte für Erwachsene mit Kinder für das Sorgerecht bestehe, ob das angegebene Alter gelte. Ob sie als Mutter eines 2-jährigen Kindes zum Beispiel die Familiensaisonkarte braucht oder die Saisonkarte für sie selbst reiche.

Herr Seidel antwortet, Kinder unter 6 Jahren wären kostenfrei und fielen nicht unter die Familienkarte oder Saisonkarte. Die Altersangabe könne noch ergänzt werden.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Anhebung der Eintrittspreise für das Freibad Neckargemünd zur Saison 2023 gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.

Über die Änderungen der Ermäßigungen wurde einzeln abgestimmt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, weiterhin ermäßigten Eintritt für Schüler, FSJ, FÖJ, Bufdi, Azubis, Bezieher von SGB II und XII zu gewähren.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen die Ermäßigungen für Studierende ohne Altersbegrenzung beizubehalten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei 5 Enthaltungen weiterhin bei einer Ermäßigung für Schwerbehinderte ab 50 MdE zu bleiben.

Der Gemeinderat lehnt mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen eine grundsätzliche Ermäßigung für Rentner ab.

9: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

10: **Standesamtliche Trauungen:**

a) Widmung der Örtlichkeiten

b) Gebühren

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Polte erklärt, die standesamtliche Trauung gewinne an Bedeutung und es würden daher auch andere Orte als nur das Trauzimmer im Rathaus verlangt. Als Stadt müsse man Trauungen im Trauzimmer zu den Dienstzeiten kostenlos anbieten.

Alles Weitere sind freiwillige Leistungen, die man gerne anbieten und nun neu kalkuliert habe. Man sei unter den tatsächlichen Kosten geblieben und biete Trauungen in allen Ortsteilen an.

10.2: **Beratung:**

Stadträtin Linier kritisiert die Gebühren für das Trauzimmer in Waldhilsbach, da es ja auch extra für Trauungen bereitgehalten werde und nicht erst hergerichtet werden müsse. Sie sehe das als Ungleichbehandlung gegenüber dem Trauzimmer im Rathaus. Sie verstehe, dass in den Ortsteilen andere Verhältnisse seien, aber sie frage sich, warum für Waldhilsbach trotzdem 100 € Gebühren fällig würden. Sie traue gerne im Garten des OGV und frage nach, ob dann die Gärtnerei komme und mähe und der Bauhof Tische, Stühle und Zelt aufbaue. In dem Falle seien die 100€ durchaus gerechtfertigt. Nicht aber, wenn der Verein diese Arbeiten erledige. Man brauche auch kein Trauzimmer zum Ausweichen bei Regen, da der OGV dann ein Zelt aufbaue. Frau Polte erklärt die Kosten für Trauungen in Waldhilsbach. Die Stadt müsse einen Raum kostenfrei anbieten, dies tue man mit dem Trauzimmer im Neckargemünder Rathaus. Bei Trauungen im Freien müsste zusätzlich ein Raum bereitgehalten werden, für den wiederum Gebühren anfallen. Das Trauzimmer im Rathaus sei entsprechend gewidmet, alle anderen Räume noch nicht. Dies tue man mit diesem Beschluss. Die Kosten für Waldhilsbach seien tatsächlich geringer, man wolle aber keine unterschiedlichen Preise für die Ortsteile, da dies als ungerecht empfunden werden könne. Es handle sich außerdem um eine Mischkalkulation.

Der Bürgermeister antwortet, auch das Trauzimmer in Waldhilsbach – ein Schmuckstück – sei mit städtischen Mitteln hergerichtet wurden. Er könne die Diskussion mit die dort und die hier nicht mehr hören. Man könne sich gerne über die Regelung mit dem OGV unterhalten. Der Verwaltung sei es wichtig, in jedem Ortsteil Trauungen drinnen und draußen anzubieten.

Stadträtin Groesser fragt, warum es bei einigen Gebäuden einen Mietvertrag gebe.

Frau Polte erklärt nur im Falle von Prinz Carl und der Villa Menzer handle es sich um privatrechtliche Vermietungen, die über Verträge vereinbart werden.

Der Bürgermeister nennt als Grund, dass es sich dabei nicht um Verwaltungsgebäude handle.

Stadträtin von Reumont fragt, wie es in Waldhilsbach mit dem nichtstädtischen Ort vom OGV geregelt werde.

Der Bürgermeister erklärt, bei dem Grundstück handle es sich um öffentlicher Grund, der an den OGV verpachtet werde. Es sei gelebte Praxis, die man erhalten wolle.

Stadträtin von Reumont macht klar, dies solle mit dem OGV wirklich geklärt werden.

Stadtrat Katzenstein fragt, warum im Prinz Carl nur zwei Trauungen im Jahr angeboten würden. Außerdem stellt er klar, Waldhilsbacher seien auch Neckargemünder und es wäre schön, wenn sich dieses Thema irgendwann erledigt hätte.

Frau Polte antwortet, dass im Prinz Carl die Räumlichkeiten von vhs und Musikschule gebraucht würden. Man habe sich mit beiden auf zwei Trauungen / Jahr verständigen können.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die Musikschule den Raum dringend benötige und er zu oft gebucht würde, falls man ihn unbegrenzt anböte.

Frau Polte ergänzt, der Raum in der Villa Menzer sei kein reiner Trauraum.

Stadtrat Fritsch findet, dass der Sachverhalt gut vorbereitet wurden sei und die Vorlage toll, da alles drinstehe.

Frau Schlüchtermann möchte nach der vielen Kritik loben, dass in allen Stadtteilen Trauungen möglich sind. Es werde der Gastronomie zugutekommen.

Stadträtin Linier merkt an, ihre Nachfrage habe nichts mit Lokalpatriotismus zu tun. In Waldhilsbach gebe es wie in der Kernstadt einen extra dafür eingerichteten Raum. Die gesetzliche Vorgabe, ein Trauzimmer für umme anbieten zu müssen und das alle anderen als Mischkalkulation berechnet werden, sei ihr nicht bekannt gewesen.

10.3: **Beschluss:**

a) Die Stadt Neckargemünd bestimmt einstimmig die in der Vorlage genannten Räume, sowie Plätze im Freien, als Außenstellen des Standesamts zur Vornahme von Eheschließungen.

b) Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass für standesamtliche Trauungen innerhalb der gesetzlich zugelassenen Möglichkeiten Bereitstellungsgebühren erhoben bzw. privatrechtliche Nutzungsverträge abgeschlossen werden, entsprechend der Auflistung in der Vorlage. Dies soll für alle Trauungen gelten, die ab 1. April 2023 angemeldet werden.

11: **Verwaltungsgebührensatzung: Änderung des Gebührenverzeichnisses**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

11.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz ist die Gebühr unter 16.6 nach §33a aufgefallen und fragt, was da geregelt werde. Es gehe um Zurschaustellung von Personen, von Striptease. Er finde es interessant, dass man das regle.

Der Bürgermeister erklärt, es handle sich um die Mustersatzung des Gemeindetages. Es sei gut, diese zu haben. Hätte man diese nicht im Verzeichnis, könne man diese nicht erheben. Allerdings gehe es in der heutigen Sitzung ausschließlich um die Gebühren im Zusammenhang mit Trauungen.

Stadträtin Weber möchte vormerken, dass man über die Gebühr nach §33a diskutieren wolle.

Der Bürgermeister stellt in Aussicht, mit Abschluss des Tarifvertrags müsse neu kalkuliert werden. Dann könne dies diskutiert werden.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Änderung der Anlage 1 (Gebührenverzeichnis – Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung).

12: **Vorberatung der 156. Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 29.03.2023 in Heidelberg (Öffentlicher Teil)**

- 12.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.
- 12.2: **Beratung:**
Stadträtin Groesser kritisiert den Versand der Unterlagen in Papierform, nachdem man im Zweckverband beschlossen habe, diese nur noch digital zu verschicken.
Der Bürgermeister verspricht zu prüfen, ob man davon absehen kann und sie nur noch digital verschickt.
- 12.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 156. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 07.04.2022, 15 Uhr, im Sitzungssaal des Klärwerks Nord, Heidelberg.

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung/Ablehnung
A 1	Verpflichtung neuer Mitglieder (ohne Vorlage)	Kenntnisnahme
A.2	Flockungsmittel und Betriebschemikalien – Info über die Vergabe eines Lieferauftrages für Phosphatfällmittel ab März 2023	x
A 3	Pumpwerk Rainbach – Information über den Abschluss eines Stromliefervertrages April bis Oktober 2023 (Tischvorlage)	Kenntnisnahme
A 4	Fahrzeuge Kanalunterhaltung Hier: Ersatzbeschaffung des Hochdruckspül- und -saugfahrzeuges SP 2 – Information über die Vergabe der erforderlichen Lieferaufträge	x
A.5	Kreditangelegenheiten 2023 - Information über die Neuaufnahme eines Investitionskredits	x
A.6.	Verschiedenes	x

13: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters gem. § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO): Windpark Lammerskopf**

- 13.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister teilt seine Eilentscheidung hinsichtlich der vom Beschluss aus letzter Sitzung abweichenden Projektskizze mit. Man habe über ein Sonderverfahren für die eigene Fläche und einen Teil der Forst-BW-Fläche entschieden. Stadtwerke und Energiegenossenschaften wollen lieber das ganze Gebiet im Sonderverfahren

ausschreiben. Es gehe nun um einen Beitritt zum ganzen Projekt. Er bittet darum dieser Eilentscheidung zuzustimmen.

13.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

13.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die Eilentscheidung des Bürgermeisters zustimmend zur Kenntnis.

14: **Information: Sachstand Windpark Lammerskopf**

14.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister berichtet, Schönau, Heiligkreuzsteinach und der Rhein-Neckar-Kreis hätten nicht unterschrieben, weil die Entscheidung im Gremium noch ausstehe. Stadtwerke Heidelberg und die Genossenschaften werden diese aber weiterhin beteiligen. Ein wichtiger Punkt sei der Planungsbeirat. Wenn Forst BW alleine ausschreibe, hätten die Kommunen nichts zu sagen. Der Beschluss sei sehr wohlwollend aufgenommen worden – mehr „Leuchtturm“ gehe nicht. Man hoffe, dass man diese gemeinsame Initiative wahrnehme. Es handle sich um das erste Projekt am Rande einer großen Stadt – 25 % der erzeugten Energie würden direkt verwendet, um Energiewende voran zu treiben. Neckargemünd könne mit einem Windrad 2/3 der Neckargemünder Haushalte mit Strom versorgen. Die Stadt gehe daher mit voller Überzeugung zu Wege. Der Rhein-Neckar-Kreis sei in einer schwierigen Situation, da 3 Gemeinden noch nicht unterschrieben hätten. Es sei ein Musterprojekt in Baden-Württemberg, auch was die Bürgerbeteiligung angehe. Wichtig sei es, die Wertschöpfung in der Region zu halten. Jeder könne sich bei den Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen. Dies sei wichtig für die Akzeptanz der Bevölkerung.

14.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein dankt dem Gremium für den einstimmigen Beschluss und Herrn Volk für seinen außerordentlichen Erfolg. Am Folgetag werde es ein Gespräch mit Herrn Hauk geben.

Stadträtin Groesser weist auf ein Missverständnis bei der Bürgerbeteiligung hin. Manche Bürger verstehen darunter, sie würden an der Entscheidung beteiligt. Gemeint sei aber eine Beteiligung der Bürger am Endprodukt.

Stadtrat Schmitz geht es um die Darstellung in der Presse, wo eher der Eindruck erweckt würde, dass man von vielen Anlagen umzingelt werde. Der Bestandteil des städtischen Angebots sei auch, die Zahl der Anlagen möglichst gering zu halten. Dies komme in der Öffentlichkeit nicht genügend heraus.

Der Bürgermeister erklärt, die Steinachtal-Gemeinden hätten wahrgenommen, dass der größtmögliche Einfluss davon abhängt, dass das Konsortium zum Zug komme. Im geplanten Planungsbeirat würden die Kommunen Gehör finden. Es sei klar, wenn man nicht zum Zug komme, werde der Windpark so groß, wie es rechtlich zulässig sei.

Stadträtin Schlüchtermann stellt fest, dass die Bevölkerung noch nicht genug über die Bürgerenergiegenossenschaften wisse.

Der Bürgermeister sagt, daher sei in Heidelberg ein Bürgerinfozentrum angedacht. Man selbst werde das Thema auch angehen. Stadtwerke sollen Energiekonzept und die Genossenschaften sich selbst vorstellen. Menschen sollen Vertrauen haben, dort Beträge zu investieren. Die sei die bestmögliche Beteiligungsform, weil sehr niederschwellig.

Stadtrat Wagner meint, tendenziell sei man nur für das eigene Stück verantwortlich. Die Signalwirkung sei sehr schön, doch am Ende vom Tag sei man nur ein Teil vom Ganzen und könne ja nur die eigene Meinung äußern.

Der Bürgermeister entgegnet, ein Baustein sei auch die interkommunale Zusammenarbeit. Es werde wahrgenommen, dass man das Gebiet vergrößere und einen Planungsbeirat plane. So in diesem Rahmen könne das sonst niemand. Man sollte den Beitrag der Stadt nicht kleinreden.

Stadtrat Fritsch sieht die 75%-Beteiligung für die Stadtwerke Heidelberg am geplanten Konsortium kritisch.

Der Bürgermeister widerspricht: Es seien nur 25%, die 3 Genossenschaften hätten auch jeweils 25%.

Stadtrat Fritsch fragt, wann die Stadt ein Bürgerzentrum aufstellen und die Öffentlichkeit informieren werde.

Der Bürgermeister sagt, man sei nicht Meckesheim und könne das nicht entscheiden. Im Moment sei es eine sehr volatile Situation. Man werde informieren, wenn man wisse, wo die Reise hingehe. Es sei quasi eine Bewerbung, man habe morgen ein Vorstellungsgespräch und sehe dann, ob man noch ein Kandidat sei. Jetzt sei man noch nicht soweit.

Stadträtin Groesser schlägt vor, dass sich die Genossenschaften generell vorstellen sollten. Es betreffe ja nicht nur die Windanlagen, sondern auch Solaranlagen.

Der Bürgermeister stimmt dem zu. Die Bürgerenergiegenossenschaften würden oft als Verrückte abgestempelt, dies sei aber nicht so. Sie hätten über 2.800 Mitglieder, damit keine kleine Gruppe und sehr erfolgreich am Markt.

Stadtrat Katzenstein meint, mit Bürgerenergiegenossenschaften könne man besser über Artenschutz und Naturschutz reden.

Stadtrat Bergsträsser beantragt einen Schluss der Rednerliste.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Schmitz, der zu diesem Zeitpunkt noch auf der Rednerliste steht, weist auf die Entwicklung der Wärmenetze durch die Stadtwerke Heidelberg hin. Bis die Anlagen stehen, sei auch das Wärmekonzept der Stadt fertig. Dies könne als zusätzliches Argument eingebracht werden.

Der Bürgermeister sagt, man sei mit den Stadtwerken im Austausch. Deren Erfahrungen würden uns auch nützen. Er werde informieren, sobald es etwas Neues gibt.

14.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

15: **Mitteilungen und Anfragen****Altstadtsatzung und Griechische Weinstube**

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister antwortet, es habe Gespräche bezüglich der Griechischen Weinstube gegeben. Man sei bei beiden dran.

Fähre Neckarhäuserhof

Stadtrat Bergsträsser hat in der RNZ den Bericht gelesen und eine Bürgerin wolle nun wissen, ob es nicht ein Förderprogramm gebe, um diese zu unterstützen.

Dem Bürgermeister ist keins bekannt. Er gebe es an Herrn Horvath weiter. Dies ändere jedoch nichts am Personalproblem.

Förderung Balkonanlagen

Stadtrat Bergsträsser fragt nach dem Sachstand zur Förderung von Balkonanlagen.

Der Bürgermeister antwortet, Frau Watzelt sei dran.

Nichtöffentliche Sitzung zum Radhaus

Stadtrat Bergsträsser habe den Antrag gestellt, dass der TOP auf die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung komme. Die Diskussion solle öffentlich wiederholt werden.

Der Bürgermeister nimmt dies zur Kenntnis.

Skaterpark

Stadträtin Weber fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister berichtet, man habe bereits ein Gespräch mit der Polizei gehabt. Es folge ein Workshop, zu dem man die im Gemeinderat Zuständigen für die Jugendarbeit einladen werde.

Fähre

Stadtrat Fritsch sieht die Fähre auch als Fahrradübergang und fragt, ob man einen Zuschuss bekommen könne, wenn es ein Fahrradweg sei.

Der Bürgermeister sagt, dies sei kein Fahrradweg.

Lärmaktionsplan

Stadtrat Katzenstein schlägt die Umsetzung in der Adam-Siefert-Straße vor, wo es leicht umzusetzen wäre.

Der Bürgermeister sagt, dies stoße bei den Behörden auf null Akzeptanz. Die Straße sei mit das dickste Brett, das zu bohren sei. Im Übrigen werde man die Bahnhofstraße demnächst mit einem GPS-Tracker abfahren.

Kreissenorenrat

Stadtrat Wachert weist darauf hin, dass der Kreissenorenrat auf eine Info zur Mieta warte.

Der Bürgermeister erklärt, man saniere noch die Räume und müsse zuerst die Testphase abwarten.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat Dr. Rothe